

17.03.1994 – 20. Todestag Walter Jankas (geb. 29.04.1914)

28.03.1939 – Vor 75 Jahren endete der spanische Bürgerkrieg mit dem Einmarsch der Franco-Truppen in Madrid

31.03.1919 – Vor 95 Jahren begann im Ruhrgebiet ein Generalstreik, an dem sich mehr als 90 % der Bergarbeiter beteiligten (bis 28.04.1919)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

05. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

18. März 2014

Regionalkonferenz Region südliches Anhalt

21. März – Kulturtreff Halle-Neustadt

Am Stadion 6, 06122 Halle (Saale)

17.00 – 17.05 Uhr

Begrüßung durch die Landesvorsitzende Birke Bull

17.05 – 17.10 Uhr

Hauptmoderation: Swen Knöchel

17.15 – 17.35 Uhr

Cornelia Ernst (MdEP): **LINKE Forderungen für ein soziales und demokratisches Europa**

17.35 – 18.15 Uhr

Diskussion

18.15 – 18.45 Uhr

Pause mit Imbiss

18.45 – 19.05 Uhr

Gerald Grünert (kommunalpolitisches Forum Sachsen-Anhalt): **Überblick über das neue Kommunalverfassungsrecht, Stellung der Kommunalpolitik in der Gesellschaft, Rahmen der Gestaltungsoptionen in den Kommunen, Rechte und Pflichten kommunaler Mandatsträger**

19.05 – 19.15 Uhr

Übergang zu vier Thementischen

■ **Thementisch 1: Vertiefungen zum Kommunalverfassungsrecht – spezifische Fragen**

(Impulsgeberin: Marion Krischok, Moderator: Gerald Grünert)

■ **Thementisch 2: Kommunales Wirtschaften, Rekommunalisierung, Kommunal Finanzen**

(Impulsgeber: Frank Thiel, Moderator: Bodo Meerheim)

■ **Thementisch 3: Kinder- und Jugendpolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik, regionale Bildungspolitik** (Impulsgeberin: Ute Haupt, Moderatorin: Elke Stolze)

■ **Thementisch 4: Mobil vor Ort – Energiewende von unten**

(Impulsgeberin: Angelika Hunger, Moderator: Klaus-Dieter Iffahrt)

19.15 – 19.55 Uhr

Diskussionen an den Thementischen

20.00 – 20.20 Uhr

Berichte zu den Ergebnissen der Thementische im Plenum

20.20 Uhr

Abschlussworte von Birke Bull

20.30 Uhr

Ende der Regionalkonferenz



Erklärung zur Anhörung im Geschäftsordnungsausschuss des Bundestages

Die heutige Anhörung der Sachverständigen durch den Geschäftsordnungsausschuss des Bundestages zur Frage der Sicherung der Oppositionsrechte hat nach Ansicht der Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Petra Sitte, die Vorschläge der Opposition bestätigt:

„Die Minderheitenrechte der Opposition müssen dringend angepasst werden. Dies betrifft nicht nur Untersuchungsausschüsse oder Redezeiten, sondern auch das von der Opposition eingeforderte Recht auf Prüfung von Gesetzen auf ihre Verfassungsmäßigkeit im Rahmen der Normenkontrolle. Gerade die Konstellation einer Großen Koali-

tion verlangt nicht schwache, sondern starke Rechte der parlamentarischen Minderheit - auch um der Akzeptanz der Mehrheit willen.

Die Sachverständigen bestätigen mehrheitlich, dass man dafür nicht nur die Geschäftsordnung - wie von der Koalition vorgeschlagen - sondern auch die betroffenen Gesetze ändern muss. Es wurde in der Anhörung sogar vorgeschlagen, die Minderheitenrechte der Opposition in Zeiten Großer Koalitionen im Grundgesetz abzusichern.

Wir wollen endlich eine Lösung. Die Wählerinnen und Wähler gehen davon aus, dass wir die Oppositionsrechte jetzt schnell und vor allem im Konsens aller Frak-

tionen regeln, um uns den drängenden politischen Aufgaben zu stellen.“

Zum Hintergrund: DIE LINKE hatte den früheren Verfassungsrichter Prof. Ernst Gottfried Mahrenholz als Sachverständigen vorgeschlagen sowie eine Stellungnahme des Staatsrechtler Prof. Hans-Peter Schneider (Hannover) in die Beratungen eingebracht. Es liegen gemeinsame Vorschläge von Grünen und LINKEN sowie der Koalition vor.

Dr. Petra Sitte

Mitglied des Deutschen Bundestages/Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE.

Ausstellung im Ratshof:

Die Polizei im NS-Staat – Ordnung und Vernichtung

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus und im Rahmen von „Respekt3 – Eine dritte Woche für mehr Vielfalt“ zeigt der Friedenskreis Halle e.V. mit Unterstützung der Stadt Halle die Ausstellung „Die Polizei im NS-Staat – Ordnung und Vernichtung“. Die aus 17 Tafeln bestehende Ausstellung ist einen Monat, vom 11. März bis 11. April 2014, in der 4. Etage des Ratshofes (Marktplatz 1) zu sehen. Eindrückliche Bilder und Texte beleuchten kritisch die Rolle der Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus. Mit der Ausstellung soll daran erinnert werden, wie leicht legitime Machtausübung in Machtmissbrauch umschlagen kann.

Erstellt wurde die Ausstellung von der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster. (siehe: [https://](https://www.dhpol.de/de/hochschule/Fachgebiete/01_projekt.php)

www.dhpol.de/de/hochschule/Fachgebiete/01_projekt.php)

Das NS-Regime konnte sich von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang auf die Polizei stützen. Die Polizei war maßgeblich am Mord an den europäischen Juden beteiligt, aber auch an der Verfolgung von Widerstandsgruppen gegen das nationalsozialistische Besatzungsregime und der Verschleppung von Zivilisten zur Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft.

Die Verbrechen verübten Polizisten, die mehrheitlich in der Weimarer Republik, einem demokratischen Rechtsstaat, sozialisiert und ausgebildet wurden.

In der Öffentlichkeit werden die Verbrechen der Polizei im NS-Staat noch immer allein der Gesta-

po zugeschrieben. Wissenschaftliche Forschungen bestätigten jedoch, dass auch Kriminal- und Ordnungspolizei in die NS-Verbrechen involviert waren.

Mit der Ausstellung wird den Fragen nachgegangen:

Wer waren die Männer (und wenigen Frauen) in der deutschen Polizei, die politische und weltanschauliche Gegner des Nationalsozialismus verfolgten und schließlich ermordeten?

Welche mentalen Voraussetzungen und strukturellen Bedingungen prägten das Verhalten der Polizeiangehörigen, dass sie das NS-Regime hinnahmen, sich daran beteiligten und schließlich vielfach sogar zu Mördern wurden?

Wer verweigerte sich den verbrecherischen Befehlen?

Welche Motive waren dafür aus-

schlaggebend?

Vom 17.-22. März 2014 findet in der Martinstraße 11, 06108 Halle (Saale), die Bildungswoche „Respekt3 – Eine dritte Woche für mehr Vielfalt“ von „Halle gegen

Rechts – Bündnis für Zivilcourage“ mit zahlreichen Veranstaltungen unter dem Motto „Anerkennen statt Ausgrenzen“ statt. Diese Woche versteht sich als Alternativangebot für mehr Re-

spekt, Toleranz und Internationalität.

Die Woche steht unter der Schirmherrschaft des halleschen OB Bernd Wiegand.

Weitere Informationen und das gesamte Programm der Woche unter:
<http://www.halle-gegen-rechts.de/>

Rote Karte für die „Hoeneß-Gesellschaft“

Höhn und Tiefen

Die Kolumne von Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Matthias Höhn

Nach heutigem Stand rund 27 Millionen Euro.

Um diese Summe hat Uli Hoeneß die Bürgerinnen und Bürger betrogen. Dieses Geld zu besitzen, ist das eine, es zu hinterziehen, fast unvorstellbar. Haftstrafe oder Bewährung? An dieser Diskussion will ich mich nicht beteiligen. Das entscheidet das Gericht. Gesellschaftlich geht es um etwas anderes, um mehr.

Was kommt nach dem Fall Hoeneß?

Das ist die spannende Frage. Steuerhinterziehung und Steuerflucht – Millionenbetrug am Gemeinwesen – alles gar nicht so schlimm, gesellschaftlich okay. Bestes Beispiel: Die Entscheidung des Aufsichtsrats des FC Bayern München nach Bekanntwerden des Falls, Steuerhinterzieher Hoeneß weiterhin als ihren Chef zu akzeptieren. Telekom, Adidas, Audi, VW, Allianz – die gesamte deutsche Wirtschaftselite sagt der Öffentlichkeit: Steuerhinterziehung, na und? Das passiert schon mal.

Die Steuergewerkschaft schätzt, dass dem deutschen Staat jährlich mindestens 30 Milliarden Euro aufgrund von Steuerbetrug verloren gehen. Für viele Reiche ist es inzwischen eine Art Freizeitvergnü-

gen. Auch für Hoeneß, obwohl er aber nicht nur „zockte“, wie es oft relativierend heißt. Er betrog ganz dreist: Um Steuern zu sparen, machte er beim Finanzamt Verluste in Höhe von 5,5 Millionen Euro geltend, die er gar nicht hatte.

Gesellschaftlich und politisch sollte nicht nur der Fall, sondern die „Hoeneß-Gesellschaft“ das Thema sein. In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wo viel Geld und wenig Skrupel sind, reicht der Gesetzgeber per strafbefreiende Selbstanzeige die Hand. Für viele ist sie sicherlich erst der Anreiz, Steuern zu hinterziehen – ohne mit einer Strafverfolgung rechnen zu müssen. Vielen anderen droht, sobald sie einen Termin beim Jobcenter verpassen oder ihre Wohnung ein paar Quadratmeter zu groß ist, die Kürzung von Leistungen, die das Existenzminimum sichern sollen.

Hoeneß hat Millionen gespendet, andere gründen Stiftungen. In der „Hoeneß-Gesellschaft“ zahlt man nicht so gern Steuern, dafür engagiert man sich karitativ. Aber wollen wir wirklich darauf bauen? Nicht Parlamente und Öffentlichkeit entscheiden dann, was mit den gesellschaftlichen Mitteln geschieht, sondern „Wohltäter“, die sich ihre ei-

gene Gesellschaft sponsern und entschneiden, was gefördert wird und wer auf der Strecke bleibt. Eines zeigt der Fall noch: Die „Hoeneß-Gesellschaft“ ist eine tief gesplittete. Die Kluft zwischen Arm und Reich war nie größer. Das eigentlich Skandalöse sind die Vermögensverhältnisse hinter dem Steuerbetrug.

Und für beides – für den Kampf gegen Steuerflucht und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums – ist Europa, sind europäische Regeln so wichtig!

Wir wollen zum Beispiel eine Finanztransaktionssteuer in Europa, also eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte, mit der Uli Hoeneß vermutlich nicht aberwitzige 50.000 Transaktionen getätigt hätte. Wir wollen EU-weit eine Millionärsabgabe für Vermögen, die oberhalb einer Million Euro liegen. Gegen Steuerbetrug in all seinen Formen – ob Steuervermeidung großer Konzerne oder Steuerflucht – brauchen wir eine Koordinierung der Steuerpolitik der EU-Mitgliedstaaten. Steuer-oasen müssen trockengelegt werden.

Wir sagen:

Wer Europa will, muss es den Reichen nehmen.

Mit der Unterstützung des Jugendverbandes habe ich mich dann beworben.

1. Du bist im November in den Stadtvorstand gewählt worden. Erzähl uns kurz etwas von dir.

Das mach ich doch gern. Ich bin 28 Jahre und für mein Studium 2004 nach Halle gekommen. Ursprünglich komme ich aus Ilmenau in Thüringen, fühle mich aber jetzt schon seit vielen Jahren in Halle zuhause. Ich hab hier auch meinen Abschluss mit dem Staatsexamen für Lehramt an Gymnasien in den Fächern Mathematik und Geschichte gemacht. Nach meinen Abschluss wollte ich mir aber verschiedene Wege offen halten und bin inzwischen fast drei Jahre Wahlkreismitarbeiter bei Petra Sitte.

2. Was hat dich bewogen, dich im Stadtvorstand zu engagieren?

Ich bin jetzt seit 2009 in der Partei DIE LINKE und habe 2010 die Linksjugend [‘solid] Halle mitgegründet und bin seitdem dort aktiv. Dadurch hab ich jetzt schon einen guten Einblick in Gremienarbeit und bin geübt in einem gewissen Aktivismus. So fiel es mir nicht schwer, mich für die Arbeit im Stadtvorstand zu interessieren, nachdem klar war, dass neue VertreterInnen für den Jugend- und Studierendenverband gesucht würden. Mit der Unterstützung des Jugendverbandes habe ich mich dann beworben.

3. Wo siehst du deine Schwerpunkte und welche politischen Themen möchtest du mehr in den Vordergrund stellen?

Meine Schwerpunkte werden in erster Linie der Kontakt zum Jugendverband, auf Stadt-, aber auch auf Landesebene und die

Mitgliederbetreuung sein, die mir viel Spaß macht. In diesem Zusammenhang freue ich mich übrigens, dass wir dieses Jahr schon 11 Neumitglieder begrüßen konnten. Organisatorisch kümmere ich mich des Weiteren um den Ortsverband Mitte, der hoffentlich eine aktive Rolle bei der anstehenden Kommunalwahl spielen wird. Dazu möchte ich gleich die Gelegenheit nutzen und bei allen Mitgliedern in der halleschen Mitte für Engagement zu werben.

Politisch möchte ich mich der Vernetzung mit anderen Organisationen und Gruppierungen in Halle widmen, insbesondere mit anderen Jugendorganisationen, z.B. über die Gründung beziehungsweise Wiederbelebung des Rings Politischer Jugend Halle, die wir schon mal angestrebt haben. Daneben möchte ich mich verstärkt um die Bereiche Stadtentwicklung und Wirtschaft kümmern und auch in der entsprechenden AG aktiv werden.

4. Möchtest du unseren Leserinnen und Lesern noch etwas mitteilen, wonach ich dich nicht gefragt habe?

Auch wenn ich es schon zwischen den Zeilen angesprochen habe, würde ich mich freuen, wenn wir einen aktiven Wahlkampf vieler Mitglieder hinbekommen würden. Ich bin ja auch im Wahlbüro aktiv und da bietet sich natürlich diese Gelegenheit an, dafür ein bisschen zu werben. Ob das nun bei der „Werbung“ eurer NachbarInnen, am Infostand, beim Plakate aufhängen oder beim Wahlzeitungsverteilen ist, wir brauchen die Un-



Dirk Gernhardt

terstützung möglichst vieler Mitglieder.

Wenn ihr uns unterstützen wollt, meldet euch doch einfach unter info@dielinke-halle.de, wir freuen uns auf euch.

Gedenken an die Märzgefallenen

**23. März 11 Uhr,
Friedhof Ammendorf**

Der Arbeitskreis Gedenktage und Gedenkstätten lädt zum Gedenken an die Märzgefallenen von 1920 und 1921 ein

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 400 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
13.03.2014
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.03.2014

Pfingsten am Werbellinsee

Auch 2014 wieder mit uns!

2014



Das Wochenende

für alte und neue Mitglieder, Allwissende und Neugierige, für Klein- und Großfamilien ...

Aktuelle Infos zum Programm ab März 2014 unter www.die-linke.de

22. Pfingsten mit der LINKEN vom 6. Juni bis 9. Juni 2014 in der Europäischen Jugendherholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof

- jeden Abend Tanz in der Sporthalle bis in die Morgenstunden
- Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest
- Fußball und Volleyballwettkämpfe am Samstag
- politische Talkrunden im Zelt am Strand zu aktuellen Themen, gemischt mit Musik und Tanz
- Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen
- natürlich wieder im Angebot: Dampfer-Abendfahrt mit Musikprogramm, Skatturnier, Kulturbühne ...
- ND-live

Versorgung: - Halbpension
- für »Zwischendurch« stehen mehrere Grill- und Getränkestände für die Gäste bereit

Bitte meldet Euch bei den jeweiligen Landesvorständen verbindlich an!
Anmeldungen aus Sachsen-Anhalt und den West-Landesverbänden bitte an den Landesvorstand Thüringen oder unter pfingsten-mit-der-linken@die-linke.de

DIE LINKE.
Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon: 030 24009-289
Telefax: 030 24009-260
andreas.faehrmann@die-linke-berlin.de
www.die-linke-berlin.de

DIE LINKE.
Landesvorstand MV
Martinstraße 1/1a
19053 Schwerin
Telefon: 0385 75874-54
Telefax: 0385 76038-19
info@die-linke-schwerin.de
www.die-linke-mv.de

Umseitige Anmeldekarte ausfüllen und an uns faxen oder senden.

DIE LINKE.
Landesvorstand Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: 0331 20009-0
Telefax: 0331 20009-10
lothar.hoffmann@dielinke-brandenburg.de
www.dielinke-brandenburg.de

DIE LINKE.
Landesvorstand Sachsen
Großenhainer Straße 101
01127 Dresden
Telefon: 0351 85327-22
Telefax: 0351 85327-20
kontakt@dielinke-sachsen.de
www.dielinke-sachsen.de

DIE LINKE.
Landesvorstand Thüringen
Eugen-Richter-Straße 44
99085 Erfurt
Telefon: 0361 60111-30
Telefax: 0361 60111-41
gtrippler@die-linke-thueringen.de
raine.r.juhrs@die-linke-hbn.de
www.die-linke-thueringen.de

22. Pfingsten mit der LINKEN vom 6. Juni bis 9. Juni 2014

Anmeldung für die Europäische Jugendherholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee, 16244 Altenhof

Anreise: 6. Juni ab 15.00 Uhr Abreise: 9. Juni bis 11.00 Uhr

Personenzahl gesamt	Kinder bis 3 Jahre	Kinder 4-10 Jahre	Erwachsene
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Unsere Leistungen pro Person (inkl. 3x Halbpension)

3x Übernachtung im neuen Seminarhotel (1- und 2-Bett-Zimmer, gehobener Standard)	165,00 €	<input type="checkbox"/>
3x Übernachtung in den Gästehäusern 7-12 (1- bis 3-Bett-Zimmer mit DU/WC)	145,00 €	<input type="checkbox"/>
3x Übernachtung in den Bettenhäusern 1-6	95,00 €	<input type="checkbox"/>
3x Übernachtung im renov. Bungalow	85,00 €	<input type="checkbox"/>
3x Übernachtung im Wohnwagen	79,00 €	<input type="checkbox"/>
3x Übernachtung im Zelt	65,00 €	<input type="checkbox"/>

Kinder bis zum vollendeten 3. Lebensjahr frei.
Kinder bis zum vollendeten 10. Lebensjahr 50% Ermäßigung.

Stornofreie Abmeldung bis 30. April 2014. Danach fallen Stornogebühren in Höhe von 50% des Teilnehmerbeitrags an.

Name	<input type="text"/>
Vorname	<input type="text"/>
PLZ/Ort	<input type="text"/>
Straße/Hausnummer	<input type="text"/>
Telefon	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>
Unterschrift	<input type="text"/>

Handeln statt Wahlkampfgetöse

Die Fraktion DIE LINKE rief eine aktuelle Debatte zur Schulentwicklungsplanung auf.

„Die Schulentwicklungsplanung der Landesregierung ist inakzeptabel und nicht mehr zumutbar. Bekennen Sie endlich Farbe und handeln Sie, liebe Koalition!“

Da konnte der CDU-Abgeordnete Güssau unseren Bildungsexperten Matthias Höhn auch gerne als „Erklärbar“ bezeichnen. Das änderte nichts daran, dass Matthias Höhn Recht behielt. Mit einer aktuellen Debatte rief die Fraktion DIE LINKE wiederholt die Frage der Schulentwicklungsplanung – insbesondere der Grund- und Förderschulen in Sachsen-Anhalt – auf. Vor dem Hintergrund geplanter Grundschulschließungen hatte sich die Situation im Land in den letzten Tagen und Wochen deutlich zugespitzt. Zunehmend wandlen sich Kreistage und Stadträte sowie Bürgerinitiativen vor Ort mit Resolutionen und Protesten an die Öffentlichkeit.

Auch der Auftakt der Debatte zur jüngsten Landtagssitzung wurde vor der Magdeburger Johanniskirche mit Protest begleitet. Matthias Höhn kritisierte derweil die Verzögerungstaktik der Landesregierung, denn ein Antrag der Fraktion DIE LINKE, der unter anderem ein Moratorium der Schulentwicklungsplanverordnung für die Grund- und Förderschulen Sachsens-Anhalts forderte, war bereits im Dezember in den Landtag eingebracht und bis heute nicht zufriedenstellend im Ausschuss für Kultur und Bildung behandelt worden. Insofern blieb bis jetzt auch die Forderung der LINKEN auf der Strecke, mit kommunalen Entscheidungsträgern und Bürgerinitiativen vor Ort alternative Lösungen zu

den geplanten Schulschließungen zu erörtern und auch Schulmodelle zuzulassen, die der Spezifik ländlicher Regionen besser entsprechen. Also unterstrich Matthias Höhn das Ganze noch einmal – sowohl die Forderungen des damaligen Antrags als auch die zügige Behandlung des Selbigen im Kultur- und Bildungsausschuss des Landtages. Immerhin: Für Letzteres gab der

Ausschussvorsitzende Schellenberger (CDU) nun die Zusage. Wird Zeit, dass endlich Klarheit herrscht, dann verkneifen sich einige Koalitionäre vielleicht auch ihre Janusköpfigkeit: Solange sie vor Ort öffentlich gegen die Grundschulschließungen zetern aber auf Landesebene nicht handeln, bleibt alles nur Getöse vor den Kommunalwahlen im Mai.

Ausstellung: „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“

Die Fraktion DIE LINKE zeigt vom 11. bis zum 22. April 2014 die Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ im neuen theater in Halle. Die Ausstellung wurde im Auftrag des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e. V. erstellt und wird seit November 2013 bundesweit ausgestellt.

Im ersten Teil werden die Biografien der Opfer des NSU dargestellt. Zu Wort kommen auch Angehörige der Mordopfer. Weitere Tafeln beschäftigen sich mit den Bombenanschlägen in Köln sowie den Banküberfällen. Der zweite Teil beleuchtet die Neonaziszene der 1990er Jahre sowie die Hilfeleistungen an den NSU aus dem neonazistischen Netzwerk. Dargestellt werden auch Gründe, warum die Mordserie nicht aufgedeckt wurde sowie der gesellschaftspolitische Umgang mit dem Themenkomplex nach dem Auffliegen der neonazistischen Terrorgruppe am 4. November 2011.

Die Ausstellung im nt Halle ist täglich von 10-18 Uhr zu besuchen. Neben der Eröffnungsveranstaltung am 11.04. um 17 Uhr, auf dem die Kuratorin Birgit Maier uns durch die Ausstellung führen und es Beiträge von Matthias Brenner (neues theater), Wulf Gallert (DIE LINKE) sowie Henriette Quade (DIE LINKE) geben wird, begleiten wir die Ausstellung noch mit folgenden weiteren Veranstaltungen: 14.04.2014 18:30 Uhr: „Aufklärung abgehakt?“

Podiumsgespräch mit der AG NSU der Bundestagsfraktion DIE LINKE (angefragt)

16.04.2014 18:30 Uhr: „SOKO Bosphorus“ bis „Dönermorde“ Rassismus in Institutionen und die Praxis des racial profiling

17.04.2014 16:00 Uhr: „Blick in den Abgrund“

Eine kritische Bilanz des NSU-Prozesses mit Friedrich Burschel
Alle Veranstaltungen finden in den Räumen des "neuen theater" (Große Ulrichstraße 51) in Halle statt.

Gute Löhne für gute öffentliche Dienstleistungen

In den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst geht es zurzeit um die Löhne und Arbeitsbedingungen für mehr als zwei Millionen Beschäftigte beim Bund und den Kommunen. Es geht um die Frage, was uns die unverzichtbare Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern, Müllfahrerinnen und -fahrern, Krankenpflegerinnen und -pflegern, Feuerwehrleuten und vielen mehr wert ist.

Solidarität zeigen

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP fordern jetzt ein Lohnplus von 100 Euro sowie 3,5 Prozent obendrauf. Darüber hinaus sollen Auszubildende unbefristet übernommen, ihre Ausbildungsvergütung um 100 Euro im Monat erhöht und sachgrundlose Befristungen verboten werden.

Doch Arbeitgeber aus Bund und Kommunen haben bereits vor Beginn der Verhandlungen ihre Ablehnung klar gemacht. Bundesinnenminister de Maizière (CDU) bezeichnete die Forderung als „maßlos überzogen“, kommunale Arbeitgeber drohen mit einer weiteren Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Und auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sprach sich gegen „überzogene“ Lohnforderungen aus. Zur selben Zeit gönnt sich die Mehrheit im Deutschen Bundestag – gegen die Stimmen der LINKEN – eine Diätenerhöhung um 830 Euro auf 9082 Euro im Monat.

DIE LINKE steht in dieser Auseinandersetzung an der Seite der Beschäftigten. Wir wollen einen guten Öffentlichen Dienst, in dem für gute öffentliche Dienstleistungen auch gut bezahlt wird und in dem kein Platz für Niedriglöhne ist.

Die Kürzungspolitik der letzten Jahre hat vielerorts bereits zu kaum mehr vertretbaren Einschränkungen bei Umfang und Qualität der öffentlichen Dienstleistungen geführt. Infolge des Stellenabbaus hat zudem die Arbeitsbelastung deutlich zugenommen. Die Löhne und Gehälter stiegen im letzten Jahrzehnt nur unterdurchschnittlich. Jede zweite Neueinstellung ist nur noch befristet. Diesen Prozess wollen wir gemeinsam mit den Beschäftigten stoppen.

Umverteilung für einen guten öffentlichen Dienst

Letztlich ist die Frage guter Löhne und guter öffentlicher Dienstleistungen eine Frage der gerechten Verteilung. Statt die oftmals schwierige Finanzlage der öffentlichen Haus-

halte auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen, müssen die Großverdiener und die Großvermögen zur Kasse gebeten werden. Rund 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen ließen sich alleine durch eine Millionärsteuer in Höhe von 5 Prozent auf große Vermögen erzielen.

Es ist zurzeit noch offen, wie lange die Auseinandersetzung im Öffentlichen Dienst andauern wird. Viel wird dabei von der Unterstützung für die Beschäftigten und ihren Forderungen abhängig sein. Fest steht: Auf DIE LINKE werden sich die Beschäftigten dabei verlassen können. Wir werden weiter Druck machen: für guten Lohn, für gute Arbeit und gute öffentliche Dienstleistungen für uns alle.

Der Ortsverband Halle-Nord der Partei DIE LINKE lädt zu einem Forum mit Henning Lübbers

(Kommunalwahl-Kandidat für DIE LINKE im Wahlbereich 3)

**für Mittwoch, den 9. April 2014, 17 Uhr
in die Blumenstraße 16**

Mitglieder und Interessierte ein. Im Mittelpunkt der öffentlichen Veranstaltung stehen die Schwerpunkte Bauen und Verkehr, wobei Henning Lübbers besonderes Augenmerk auf Bürgerbeteiligung und Transparenz bei Bauvorhaben legen wird. Zudem wird er Auskunft über seine bisherigen politischen Erfahrungen (vor allem zum Engagement bei der Piratenpartei von 2009 bis 2013) geben und darüber hinaus weitere Fragen beantworten.



Traditionell trafen sich Genossinnen und Genossen an der Gedenktafel nahe des Riveufers, um den Gefallenen des Blutfreitags 1925 im Volkspark zu gedenken.

Europäische Union. Wege von der Krise zur Chance

Vortrag mit Diskussion

Stadtverband DIE LINKE

20. März 2014 Beginn 18:00 Uhr, 06122 Halle, Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6

Die europäische Union ist gefährdet und stolpert durch eine tiefe und möglicherweise existentielle Krise. Massen- und besonders Jugendarbeitslosigkeit, wirtschaftliche und finanzielle Krisen sind in nicht wenigen Mitgliedsländern die Folgen. Es gibt viele Gründe, die EU-Politik zu kritisieren. Doch in erster Linie sind es nationale Politik und Entscheidungen, insbesondere durch die deutsche Regierungspolitik. Eine leidenschaftliche proeuropäische Politik ist die wirkliche Alternative. Es ist in der Tat höchste Zeit, sich zu entscheiden: für und gegen die Europäische Union oder Renationalisierung, für und gegen unterschiedlich mögliche Inhalte und Richtungen der politischen, sozialen, wirtschaftspolitischen, ökologischen, sicherheitspolitischen und internationalen Orientierung und Entwicklung der EU.

Andre Brie plädiert mit dem Titel seines nächsten Buchs: Nehmt die europäische Union in Besitz!

Mit Dr. Andre Brie (MdL Mecklenburg-Vorpommern) und Harry Czeke (MdL Sachsen-Anhalt)

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT Büro DIE LINKE, Blumenstr. 16, 06108 Halle, Tel.: 0345 - 2025590

Vorschau

Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung im April 2014

09.04. Mittwoch 18 Uhr, Halle

Film mit anschließendem Gespräch

New Ziro – neue Zeit

im beletage Halle, Willy-Brandt-Str. 57, 06110 Halle,

anlässlich des internationalen Tags der Sinti und Roma

Vier Lebensläufe aus 3 Generationen Sinti in Deutschland stehen exemplarisch für ein Dilemma: wie die eigene kulturelle Identität bewahren ohne sich gleichzeitig von der Mehrheitsgesellschaft abzuschotten?

10. 04. Donnerstag 19 Uhr, Halle

Gespräch

Toleranz zwischen den Weltreligionen – interreligiöser Frauendialog

mit Grit Weiss (Muslima), Petra Lehnert (Christin) und Ines Wahl (Vertreterin Judentum)

an der Uni Halle, Sektion Orient- und Altertumswissenschaften, Mühlweg 15, 06108 Halle

Sichtweisen von Frauen verschiedenster Weltanschauungen auf Fragen von aktueller Politik und Toleranz

24.04. Donnerstag 18 Uhr, Halle

Diskussion und Vortrag

Roosevelt und die USA am Vorabend des Zweiten Weltkrieges

mit Prof. Dr. Kurt Pätzold (Historiker, Berlin)

im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, 06122 Halle

Auf dem Wege zum Beginn des 2. Weltkrieges liegt eine Episode: ein eigenartiger Friedensappell des Präsidenten der USA Franklin D. Roosevelt an Benito Mussolini und Hitler. Der deutsche Diktator antwortete darauf in einer Rede vor dem faschistischen Reichstag am 28. April 1939. Das Vorkommnis wirft ein Licht auf die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges und auf denkbare Alternativen der europäischen und Weltgeschichte